

Antrag

der AfD-Fraktion

auf Durchführung einer Aktuellen Stunde gemäß § 60 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Landtages Brandenburg zum Thema:

Brandenburg vor dem Bildungsnotstand? – Auswirkungen der Coronakrise auf die Bildungs- und Zukunftschancen unserer Kinder und Jugendlichen

Begründung:

Am 04.06.2020 verkündete die Ministerin für Bildung, Jugend und Sport endlich die vollständige Wiedereröffnung von Schulen des Landes Brandenburg mit Beginn des neuen Schuljahres 2020/2021. Die AfD-Fraktion begrüßt die späte Einsicht des Ministeriums ausdrücklich. Gleichzeitig darf dieser Entschluss nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Ankündigung der Rückkehr zum schulischen Normalbetrieb allein keinesfalls ausreichen wird, um die massiven kurz-, mittel- und langfristigen Schäden zu beheben, die seit Beginn des schulischen Lockdowns am 18. März 2020 eingetreten sind.

Die Hauptleidtragenden dieser Entwicklung sind Kinder und Jugendlichen, vor allem aber Kinder im Kita- und Grundschulalter und hierbei insbesondere jene aus bildungsfernen bzw. sozial schwachen familiären Verhältnissen. Neben Ohnmachtsgefühlen und Einsamkeit warnten Kinder- und Jugendärzte sowie renommierte Wissenschaftler vor einer deutlichen Zunahme verschiedenartiger psychischer und psychosomatischer Symptome als unmittelbare Folge der Ausgangs- sowie Kontaktbeschränkungen.¹

Ebenso besorgniserregend wie die unmittelbaren Auswirkungen der Eindämmungsmaßnahmen auf das psychische Wohlbefinden von Kindern und Jugendlichen sind die Langzeitfolgen des Lockdowns mit Blick auf den Lernprozess und die Bildungsbiografie: Lernen ist ein komplexer kumulativer Prozess. Dieser Prozess kam mit dem 18. März weitestgehend zum Erliegen. Wenn es überhaupt zur Vermittlung, Aneignung und Anwendung von neuem Lernstoff kam, so ist dies vor allem dem aufopferungsvollen persönlichen Einsatz vieler engagierter Lehrer und Eltern zu verdanken – keinesfalls aber den erratischen und kurzatmigen Entscheidungen des MBS. Durch das monatelange Aussetzen des Präsenzunterrichts

¹ Vgl. hierzu u.a. A. Langmeyer/A. Guglhör-Rudan et al., *Kindsein in Zeiten von Corona. Erste Ergebnisse zum veränderten Alltag und zum Wohlbefinden von Kindern* (Deutsches Jugendinstitut), 09.05.2020. Demzufolge berichten fast ein Drittel (32%) der befragten Eltern, dass ihr Kind massive Schwierigkeiten habe, mit der gegenwärtigen Situation zurechtzukommen. Ebenso stimmen 27% der Befragten der Aussage zu, ihr Kind leide unter starker Einsamkeit durch den Kontaktbruch zu Freunden und Bezugspersonen, wie Großeltern, Erziehern oder Lehrern.

und durch den in pädagogischer wie technischer Hinsicht vollkommen unzureichend organisierten Digitalunterricht, ist das zweite Halbjahr des laufenden Schuljahres mit Blick auf Wissenserwerb und Bildung ein verlorenes Schuljahr.

Vor ebendieser Entwicklung hat die AfD seit Beginn des Lockdowns gewarnt und daher seit dem 07.04.2020 kontinuierlich umfangreiche und praktikable Vorschläge unterbreitet, die sowohl das jeweils vorherrschende Infektionsgeschehen berücksichtigte, dabei jedoch stets Lösungen entwarf, um den Prozess des Lehrens und Lernens aufrechtzuerhalten zu können.

Rückblickend ist und bleibt es rein aus entwicklungs- sowie lernpsychologischer, pädagogischer und bildungswissenschaftlicher Sicht beispielsweise vollkommen unverständlich, weshalb bei der schrittweisen Öffnung der Schulen der Schwerpunkt nicht von Anfang an auf die Präsenzbeschulung von Grundschulern gelegt wurde, wie von der AfD in ihrem Maßnahmenpaket am 07.04.2020 gefordert, und in zahlreichen, bildungspolitisch äußerst erfolgreichen Ländern des europäischen Auslands seit Mitte April erfolgreich praktiziert wird.²

Gerade Grundschulkindern der Jahrgangsstufen 1 bis 4 hätten der professionellen Führung durch erfahrene Lehrer im Rahmen der Präsenzbeschulung am meisten bedurft. Denn sie verfügen einerseits weder über die grundlegenden Kulturtechniken als Basisinstrument zur Aneignung, Verarbeitung und Anwendung von Wissen, Fähig- und Fertigkeiten oder haben diese noch nicht automatisieren können. Darüber hinaus können diese Kinder allein schon aufgrund ihres Reifegrades in keiner Weise autonom handeln, Zeitmanagement betreiben oder digitale Endgeräte ohne didaktisch-methodischen Unterbau effektiv nutzen – allesamt Voraussetzungen für das Gelingen der Heimbeschulung auf digitaler Grundlage.

Zugleich wurde durch diese Entscheidungen des MBS die pädagogische Verantwortung und das Lehren vollkommen auf die Eltern übertragen, die in vielen Fällen den Spagat zwischen Betreuung, Homeoffice und Lehrerrolle unter den gegebenen Umständen nur schwer bewerkstelligen konnten. Nicht umsonst berichten laut einer repräsentativen Elternbefragung des Deutschen Jugendinstituts mehr als 20 Prozent der Eltern von chaotischen familiären Zuständen und einer Häufung von massiven familiären Konflikten.³

Vor diesem Hintergrund waren auch die kurzfristigen Nachjustierungen der Landesregierung im sogenannten „konkretisierten Fahrplan“ vom 12. Mai, nämlich eine Minimalpräsenzbeschulung von zwei Tagen pro Woche für die Klassen 1 bis 4 sowie einen Tag pro Woche

² In Dänemark öffnete die sozialdemokratische Minderheitsregierung Krippen, Kindertagesstätten und Grundschulen bis zur fünften Klasse bereits am 15. April, als in Brandenburg noch nicht einmal ein ausgereiftes Konzept vorlag. Die Mitte-Rechts-Regierung in Oslo folgte am 20. April mit der Wiederöffnung der KiTas und am 27. April mit der Präsenzbeschulung der Jahrgänge 1 bis 4 an Grundschulen; die linksgrüne Koalitionsregierung in Reykjavik stellte den Unterrichtsbetrieb an Grundschulen erst gar nicht ein und die konservativ-linksliberale Vierparteien-Koalition in den Niederlanden reagierte auf die veränderte Pandemielage mit der Wiederaufnahme des Normalbetriebs von KiTas und Grundschulen zum 11. Mai.

³ Langmeyer/Guglhör-Rudan et al., *Kindsein in Zeiten von Corona*, S. 18.

für die Klassen 5 und 6 an Grundschulen, mit Blick auf die Bildungschancen dieser Kinder schlichtweg inakzeptabel und einer weitsichtigen Bildungspolitik unwürdig.

Ebenso verantwortungslos und grob fahrlässig ist der Umstand, dass sich das MBSJ selbst drei Monate nach der Einstellung des regulären Schulbetriebs außerstande sieht, Ideen zu skizzieren oder gar Strategien bzw. Konzepte vorzulegen, durch welche Maßnahmen sich der massive Unterrichtsausfall – der unter Berücksichtigung der Sommerferien immerhin vier Monate betragen haben wird, also je nach Altersstufe zwischen 200 bis 300 Unterrichtsstunden – und die damit verbundenen Lernrückstände und -defizite auffangen und kompensieren ließen.

Stattdessen begnügt sich das MBSJ auch weiterhin mit unverbindlichen Ankündigungen und reagierte auf bisher vorgeschlagene Maßnahmen äußerst widersprüchlich: So schlug die AfD-Fraktion am 07.04.2020 vor, zeitlich befristet den Samstagsunterricht wieder einzuführen, entweder auf freiwilliger oder obligatorischer Basis. Ebenso wurde der Vorschlag zur Einrichtung von Sommerschulen unterbreitet, in denen wissbegierige und förderbedürftige Schüler durch aktiv tätige oder pensionierte Lehrer, Lehramtsstudenten und Referendare gefördert werden könnten. Das Ministerium erklärte zunächst, diese Vorschläge als Optionen in Erwägung ziehen zu wollen. Wenige Tage später erteilte die Bildungsministerin dem Samstagsunterricht eine Absage, nur um im Gegenzug diese Bewertung erneut zu revidieren. Das Sommerschulen-Modell, das nicht nur in Berlin, sondern auch in Österreich Anwendung findet bzw. finden wird, wurde ohne Begründung abgelehnt.

Stattdessen werde nun ein Konzept für freizeitpädagogische Angebote während der Ferienzeit erarbeitet. In der Sitzung des MBSJ am 04.06.2020 konnte die Ministerin trotz mehrerer Nachfragen der AfD-Fraktion allerdings keinerlei Eckpunkte zur zeitlichen, organisatorischen und inhaltlichen Ausgestaltung dieses „Konzeptes“ skizzieren, ganz zu schweigen von dem Umstand, dass freizeitpädagogische Angebote keinerlei Kompensation für den massiven Aufholbedarf an echter Bildung darstellen können, sondern vor allem unter dem Gesichtspunkt der Betreuung verstanden werden müssen.

Es bleibt daher festzuhalten: Das MBSJ hat seit Beginn des Lockdowns nicht nur grobe Fehlentscheidungen getroffen, sondern darüber hinaus zutiefst widersprüchlich und stets zu spät gehandelt. Angesichts der Sprachlosigkeit zu notwendigen Kompensationsmaßnahmen steht zu befürchten, dass sich diese Linie der MBSJ-Krisenbewältigung auch nach der Ankündigung der Rückkehr zum schulischen Normalbetrieb fortsetzen wird. Dieses Nicht-handeln wird schwerwiegende Folgen für die nachwachsende Generation haben.

Dies ist nicht länger hinnehmbar. Bildungsgerechtigkeit, Bildungserfolg – und damit die Zukunft einer ganzen Generation – stehen auf dem Spiel. Die nunmehr angekündigte Rückkehr zum schulischen Normalbetrieb muss schnellstmöglich von konkreten Maßnahmen flankiert werden, die das Schul- und Bildungssystem in die Lage versetzt, die massiven Lernrückstände auch unter Anwendung kreativer, wenngleich zeitlich befristeter, Instru-

mente aufholen zu können. Gleichzeitig müssen bereits bestehende Förderangebote ausgeweitet und Zusatzangebote bereitgestellt werden, um zielgerichtet die jeweiligen Adressatengruppen optimal fördern und fordern zu können.